

Vortrag von **Dr. Falco Werkentin** in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus am 26. April 2001

Die Enteignungspolitik der SED

Der damals 17jährige Falco Werkentin war im November 1961 von Ost- nach West-Berlin übergewechselt. Hier hatte er sich zunächst, wie er selber bekennt, "zum durchschnittlichen Vertreter der bundesdeutschen 68er Generation" entwickelt, welche "zwar einen scharfen Blick für Rechtsbrüche und politische Verfolgungen im Westen entwickelte, hingegen für Menschenrechtsverletzungen in den Ländern des realen Sozialismus weitgehend blind blieb." Erst der politische Umbruch 1989/90 führte bei dem promovierten Historiker und heutigen stellvertretenden Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen zu einer Zäsur. Freimütig bekennt er von sich, dass er eigentlich heute Veranlassung hätte, Abbitte zu leisten bei jenen Autoren, die für ihn früher als ewig gestrige "Kalte Krieger" abgestempelt waren: Karl Wilhelm Fricke, Wolfgang Schuller oder Gerhard Finn. Gewiss ist es eine Folge dieses politischen Umdenkungsprozesses, wenn Falco Werkentin auch in der Berliner "Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus" mittlerweile ein häufiger Gast und kompetenter Referent DDR-spezifischer Themen geworden ist.

An diesem Abend schilderte Werkentin denn auch sehr eindrucksvoll und anhand zahlreicher historischer Beispiele und Fakten die sowjetzonale "Revolution von oben" (wie Stalin dies genannt hatte) nach 1945 bzw. 1949, d.h. die Verstaatlichung von Produktion, Gewerbe, Kulturbetrieb, Versicherungs- und Bankwesen und natürlich auch der Landwirtschaft.

Mit Günter Grass könnte man im Rückblick zynisch sagen, dass sich in Ostdeutschland in "kommoder" Weise wiederholte, was in der Sowjetunion schon knapp zwei Jahrzehnte zuvor exekutiert worden war.

Millionen russischer Bauern samt deren Familien waren zwischen 1929 und 1932 getötet oder in die arktischen Regionen deportiert worden; unzählige wohlhabende und einflussreiche Grundbesitzer, die sich den Plänen der herrschenden Kommunisten widersetzen, wurden so physisch vernichtet, - dies hieß im offiziellen Sprachgebrauch der Sowjetherrscher Dekulakisierung. Kollektivierung als dazu parallel laufende Maßnahme bedeutete die Abschaffung des privaten Grundeigentums und die Unterstellung der überlebenden Teile der Bauernschaft unter die Kontrolle der Partei.

Auch diese beiden Maßnahmen Stalinscher Gewaltpolitik resultierten - ebenso wie alle anderen - aus derselben Motivation heraus

- Streben nach unbeschränkter Alleinherrschaft;
- Ausmerzungen und Unterdrückung aller eigenständigen Kräfte im Lande;
- Untermauerung der Lehrsätze der Partei durch Terror und Fehlinformation.

Soziale und wirtschaftliche Erfolge, die real gar nicht zu erzielen waren, sollten so gewaltsam erzwungen werden.

Die Brachialmethoden der Enteignungspolitik in der SBZ und späteren DDR unterschieden sich hiervon nur graduell, nicht grundsätzlich, und hatten dieselbe ideologische Zielsetzung.

Unter Berufung auf einschlägige Klauseln des Potsdamer Abkommens, Naziaktivisten und Kriegsverbrecher seien zu enteignen, sollte - dem sowjetischen Vorbild entsprechend - die gesamte Eigentumsordnung strukturell "revolutioniert", sollten schnellstens vollendete Tatsachen geschaffen werden. In diesem Sinne äußerte sich der damalige Wirtschaftsminister und Vizepräsident der sächsischen Landesverwaltung, Fritz Selbmann, anlässlich einer SED-Wirtschaftskonferenz in Döbeln am 20.09.1946: "Wenn wir einmal eine Reichsregierung bekommen, ich schätze, der Reichsjustizminister wird wahrscheinlich kein Sozialist sein. Diese Leute aus dem Westen kommen dann wieder zu uns; dann wird ein CDU- oder LDPD-Mann dafür sorgen können, dass die noch nicht enteigneten Betriebe von uns unangetastet bleiben." Deshalb habe man bereits "die Betriebe jetzt nicht mehr in ihrer bisherigen Form bestehen lassen", sondern "den Kampf um die Enteignung geführt mit Mitteln und Methoden, wie wir sie vielleicht schon nach der ersten demokratischen Landtagswahl in Sachsen nicht mehr anwenden können, nämlich mit Mitteln der Beobachtung, mit Mitteln der Polizei, mit Mitteln der Verhaftung." Zur Methode der SED, ihre Enteignungspolitik zu forcieren, zugleich aber zu verschleiern, gehörte denn auch jenes makabre Dementi, welches das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland" am 30.10.1946 lieferte, als es Berichten West-Berliner Zeitungen über die erwähnte Selbmann-Rede entgegentrat, indem es kurzerhand behauptete, die Döbelner Konferenz habe niemals stattgefunden. Nach einem Bericht der ZKK (Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle) vom 10.03. 1948 wurden in der SBZ innerhalb von zwei Jahren 9280 Betriebe enteignet, d.h. 40 Prozent der Produktion waren bereits zu diesem Zeitpunkt in den Händen des Staates.

Neben den Enteignungen angeblicher Nazis mittels der Befehle der SMAD (Sowjetische Militär-Administration) erfolgten die Zwangsmaßnahmen danach mit Hilfe des politischen und Wirtschafts-Strafrechts der soeben gegründeten DDR; nun lauteten die konstruierten Anklagen auf Sabotage, Spekulationsgeschäfte u. dgl. Walter Ulbricht hatte bereits auf einer Konferenz der SED-Innenminister am 01.06.1947 hierzu in der ihm eigenen Unverblümtheit proklamiert: "Klassenmäßig haben wir ein Interesse daran, dass nicht nur die aktiven Nazis rausfliegen, sondern dass auch andere erwischt und enteignet werden können. Zum Beispiel im Bereich Handel und Versorgung als ‚Schieber‘ oder ‚Schwarzhändler‘; - das reicht als Handhabe, mehr brauchen wir nicht."

Um auch die letzten noch selbständigen Produzenten und Gewerbetreibenden in den Ruin - bzw. ins Gefängnis - zu treiben, wurde in den ersten Jahren der DDR ein ausgefeiltes System aus Steuergesetzen, Preis- und Rohstoffkontrollen, Devisen-, Pflichtabgabe- und Bestandsmeldeverordnungen geschaffen, das dann in großaufgezogenen Kampagnen als juristische Waffe diente. So zum Beispiel die "Aktion Oberhof" von 1950, bei der alle Hoteliers im dortigen Skigebiet enteignet wurden, oder die durch einen Befehl des DDR-Innenministeriums vom Dezember 1952 losgetretene zentrale Aktion gegen den privaten Großhandel oder auch die "Aktion Rose" im Frühjahr 1953 an der Ostseeküste, bei der mit einem Schlag ca. 450 kleinere Unternehmer verhaftet worden waren, und viele andere Beutezüge im Ruchzuckverfahren. Nicht zu vergessen die "auf freiwilliger Basis" vollzogene Zwangskollektivierung der Landwirtschaft der DDR 1958 bis 1960, in deren Verlauf 484 Selbstmorde von Bauern bekannt wurden, die man gegen ihren Willen zum LPG-Beitritt verpflichtet hatte. Schließlich 1972 noch die Enteignung aller halbstaatlichen Betriebe und damit das endgültige Aus für den gesamten ostdeutschen Mittelstand.

Dr. Falco Werkentin resümierte: "Anders als einst von den Klassikern der sozialistischen Revolutionstheorie prognostiziert, die den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als gesellschaftliche Revolution antizipierten, in deren Verlauf der Staat absterben würde, begann in der DDR nicht der Staat, sondern vielmehr die Gesellschaft - um im Bilde zu bleiben - abzusterben. Angesichts des Mangels an gesellschaftlicher Legitimität der von der SED verfolgten Politik blieb als Ersatzlösung nur der Versuch, den Enteignungsprozeß hinter straf-rechtlichen Deliktfabriken zu verstecken, Staatsanwälte und Richter als Büttel fungieren zu lassen gegen die der Macht unterworfenen Bürger."

Hans Brückl